



Konrad  
Adenauer  
Stiftung



50 Jahre Kompetenz weltweit

Europabüro · European Office · Bureau Européen

---


## **Der Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates 2006**


**Dr. Peter R. Weilemann  
Denis Schrey  
Barbara Einhäuser**

**März 2006**

---

Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro, Avenue de l'Yser 11, B-1040 Bruxelles

 +32-2-743.07.43

 +32-2-743.07.49

 [sekretariat@eukas.be](mailto:sekretariat@eukas.be)

 <http://www.kas.de>

## **I. Einleitung**

Der traditionell wirtschaftspolitischen Fragen gewidmete Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates verlief ohne große Kontroversen. Er dürfte aber auch nur wenige bewegende Impulse hinterlassen, den ehrgeizigen Zielen des Lissabon-Prozesses rasch näher zu kommen. Die Zwischenbilanz dieses Prozesses auf dem Gipfel des Vorjahres war so negativ ausgefallen, dass die Staats- und Regierungschefs eine Neuorientierung für notwendig hielten. Konzentration auf Beschäftigung und Wachstum sowie verbessertes Zusammenspiel von nationaler Reformpolitik und gemeinschaftlicher Innovation waren die Schlüsselbegriffe. Das Motto, das der österreichische Ratspräsident dem diesjährigen Frühjahrsgipfel voranstellte – „Jetzt in die Aktionsphase kommen“ – wirft ein bezeichnendes Licht auf das, was in den letzten zwölf Monaten geschehen bzw. nicht erfolgt ist. Der Grundtenor der Schlussfolgerungen findet Ausdruck in der Hoffnung, dass die allmähliche wirtschaftliche Erholung sich fortsetzt und dies eine hervorragende Gelegenheit biete, Strukturreformen im Einklang mit den nationalen Reformprogrammen entschieden voranzutreiben. Die Fortschritte beim Lissabon-Programm der Gemeinschaft werden begrüßt. Der ER präzisiert vor diesem Hintergrund die bisherigen Reformbemühungen und setzt, unter Bezugnahme auf Hampton Court einige prioritäre Akzente z.B. in der Mittelstandspolitik oder der Innovations- und Wissensgesellschaft. Als ein neuer Schwerpunkt wurde die Energiepolitik als Teil des Prozesses definiert. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf den Entwurf eines Konzeptes einer Energiepolitik für Europa.

Fragen der Außenpolitik sollten auf diesem Gipfel bewusst nicht behandelt werden. Gleichwohl gab es, angeregt durch den französischen Staatspräsidenten, eine knappe Erklärung, die das Angebot eines Waffenstillstands der baskischen Terrororganisation begrüßt. Zur anschwellenden Debatte über die Aufnahmefähigkeit der EU und anstehenden Erweiterungsschritte nahm der ER keine Stellung. Zum Konflikt zwischen Parlament und Rat um die interinstitutionelle Vereinbarung und die finanzielle Ausstattung der EU in den Jahren 2007-2013 äußerten die Regierungschefs nur knapp ihre Hoffnung auf eine schnelle Einigung.

## **II. Energiepolitik für Europa**

Der wichtigste neue Akzent, den der ER auf diesem Gipfel gesetzt hat, liegt in der Energiepolitik. Die Entscheidung reflektiert einmal die gewachsene Sorge um die Energiesicherheit seit dem Gas-Streit zwischen Russland und der Ukraine, aber auch die Unruhe über die problematischen Übernahmedebatten im Energiesektor in jüngster Zeit. Hinzu kommt, dass die Europäische Union ihre politischen Spielräume besser nutzen kann. Die Kommission hatte sich dieser Frage schon in den vergangenen Monaten verstärkt angenommen und zu Beginn des Jahres ein Grünbuch zur Energiepolitik vorgelegt, mit dem Ziel, den Binnenmarkt auch im Energiesektor zu verwirklichen.

Mehrere Mitgliedstaaten wenden sich gegen eine erweiterte Zuständigkeit der EU.

In seinen Schlussfolgerungen fordert der ER nunmehr eine Energiepolitik für Europa, die drei wesentlichen Zielen gerecht wird: Zum ersten der **Versorgungssicherheit** (z.B. durch die Förderung von Energiedialogen zwischen der Union und den Mitgliedstaaten sowie zwischen der EU und den Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländern und die stärkere Diversifizierung sowohl bei externen wie auch bei einheimischen Energiequellen, Lieferanten und Transportruten), zweitens der **Wettbewerbsfähigkeit** (z.B. durch Umsetzung der Binnenmarktvorschriften, sowie des Aufbaus der regionalen Energiezusammenarbeit in der

EU und Erleichterung der Integration der regionalen Märkte in den EU-Binnenmarkt, sowie dessen Weiterentwicklung) und drittens der **Umweltverträglichkeit** (z.B. Forderung nach Annahme eines Aktionsplans zur Energieeffizienz; Fortsetzung der EU-weiten Entwicklung erneuerbarer Energien: Anteil der erneuerbaren Energien soll um (angestrebte) 15% und Anteil der Biokraftstoffe um (angestrebte) 8% bis 2015 gesteigert werden).

Der ER ersucht die Kommission auf dieser Grundlage, Maßnahmen auszuarbeiten, damit er auf seiner Tagung im Frühjahr 2007 einen nach Prioritäten gestaffelten Aktionsplan annehmen kann. Angesichts der „Dringlichkeit“ des Themas wird die Kommission zudem beauftragt, mit verschiedenen Maßnahmen (darunter Vorlage eines Aktionsplans zur Energieeffizienz bis Mitte 2006, Durchführung eines Aktionsplans für Biomasse, Verbesserung der Transparenz der Energiemärkte) zu beginnen.

Besonders hervorzuheben ist die Aufgabe einer effizienteren Gestaltung des Dialogs EU-Russland. Ziel der EU ist es vor allem, Russland zur Ratifizierung des Energiechartavertrages und Abschlusses der Aushandlung des Transitprotokolls zum Energiechartavertrag zu bewegen. Damit will die EU gewährleisten, dass Öl- und Gas-Lieferungen nicht willkürlich unterbrochen und ausländische Investoren in der Energiewirtschaft ausreichend geschützt werden. Darüber hinaus sollen Kommission und Ratssekretariat bis zum Gipfel im Juni eine strategisches Konzept zur Energiesicherheit vorlegen. Die Verknüpfung von außenpolitischer Strategie und Energiefragen wertete der Ratspräsident als eine der wichtigsten Entscheidungen es Gipfels. Generell sieht er in Beschlüssen des ER zu einer Energiepolitik für Europa einen Neubeginn von historischer Dimension, dessen Früchte sich zehn Jahren zeigen würden.

Das Projekt einer Energiepolitik war nicht unumstritten und wichtige Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland und Großbritannien stellten sich gegen erweiterte Zuständigkeiten der EU. Energiepolitik müsse eine nationale Angelegenheit bleiben. Die EU habe eine „Koordinierungsaufgabe“ die insbesondere bei der Sicherstellung des gemeinsamen Zuganges zu den europäischen Energienetzen erwähnt wird. Auch seien die möglichen Liberalisierungspotentials, bestehenden Instrumente und Finanzmittel noch nicht ausgeschöpft. In diesem Tenor hatte die deutsche Kanzlerin die Diskussion einleitend eröffnet.

Die Schlussfolgerungen tragen dieser Philosophie Rechnung. Die Hoheit der Mitgliedstaaten über die primären Energiequellen müsse uneingeschränkt gewahrt und ihre Wahl beim Energiemix – der natürlich auch die Frage der Nutzung von Kernenergie einschließt - voll respektiert werden. Es gehe nicht um Kompetenzen, sondern um Substanz, erläuterte Schüssel zum Abschluss des Rates. In Ergänzung früherer Entwürfe der Schlussfolgerungen betonte der ER nochmals ausdrücklich, dass die Notwendigkeit der Liberalisierung der Energiemärkte bis 2007.

Für die deutsche Bundesregierung wird von Bedeutung, dass die erste Überprüfung der eingeleiteten Maßnahmen unter ihrer Präsidentschaft stattfinden wird.

### **III. Prioritäre Akzente für die Lissabonstrategie**

Die Lissabon Strategie erlebte vor einem Jahr auf dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates eine Neuausrichtung. Der 2004 erschienene Kok-Bericht schlug drei Instrumente vor,

mit denen man die ambitionierten Lissabonziele erreichen sollte. Ausarbeitung nationaler Reformprogramme auf der Grundlage integrierter Leitlinien, Leistungsvergleiche zwischen den Mitgliedsstaaten und Neuausrichtung des EU Budgets. Nur das erste Instrument wurde vorerst in den politischen Entscheidungsprozess integriert.

#### **a) Integrierte Leitlinien und Politikgestaltung**

Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen vom letzten Frühjahrsgipfel beschloss der Rat mit der Implementierung integrierter Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung eine stärkere Arbeitsteilung und Verantwortung bei der Umsetzung der Lissabon II Strategie. Mit 24 integrierten Leitlinien zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der EU gab die Kommission im April 2005 einen klar definierten Handlungsrahmen für die Mitgliedsstaaten vor, nach dem diese ihre nationalen Reformprogramme ausrichten sollten. Die Nationalstaaten kamen ihrer Pflicht nach und haben ihre Reformpapiere im Herbst 2005 der Kommission vorgelegt. Die Kommission hat daraufhin Anfang 2006 in einer Mitteilung „Jetzt aufs Tempo drücken“ an den europäischen Rat die Evaluierung der Nationalen Reformprogramme (NRP) vorgenommen und mit Hilfe der aufgestellten Leitlinien (mikro, makro und beschäftigungspolitische Leitlinien), die bisherigen Reformanstrengungen der Mitgliedsstaaten bewertet.

Die Empfehlungen der Kommission, sich an den integrierten Leitlinien zu orientieren, wurden von den Mitgliedsstaaten nur bedingt angenommen. In der Praxis sind die Prioritätensetzungen in den Reformanstrengungen einzelner Staaten Resultat höchst unterschiedlicher Reformbedürfnisse sowie divergierender ordnungs- und gesellschaftspolitischer Traditionen. Eine aktive, interventionistische, französische Industriepolitik kann mit der mikroökonomischen Leitlinie der Kommission kompatibel sein, zu einer soliden industriellen Basis beizutragen. Gleichzeitig widerspricht der Inhalt dieser Leitlinie aber der makroökonomischen Leitlinie, eine effiziente Ressourcenallokation zu fördern oder die Märkte offener und wettbewerbsorientierter zu gestalten. Auf diese Zielkonflikte innerhalb der integrierten Leitlinien weist auch der neue Bruegel Policy Brief „Last Exit to Lisbon“ der Autoren Jean Pisani-Ferry und André Sapir hin. Die Fülle von nicht gewichteten Leitlinien mache eine klare Evaluierung seitens der Kommission fast unmöglich. Die gleiche Medizin wird für alle Staaten verabreicht, unabhängig ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft, so der Bericht weiter.

Der Europäische Rat bekräftigt in seinen Schlussfolgerungen gleichwohl, dass die integrierten Leitlinien 2005-2008 für Beschäftigung und Wachstum weiterhin gültig seien. Er akzeptiert, dass einige der nationalen Reformprogramme keine spezifischen Zielvorgaben und Zeitpläne für die Erreichung der selbstgesteckten Ziele enthalten. Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, im Herbst 2006 über die Maßnahmen zur Umsetzung der NRP und deren Erfolg zu berichten.

Ähnliche Kritik äußert auch das europäische Parlament. In einer Entschließung zur Umsetzung einer revidierten Lissabon Strategie fordert es eine neue Dynamik durch eine kohärente europäische Investitionsstrategie sowie einer Ergänzung einer wirklich sozialen Dimension. In seiner Ansprache an den Europäischen Rat am 23.03.2006 begrüßt Josep Borrell, Präsident des Europäischen Parlaments, die Erarbeitung der nationalen Reformprogramme. Er kritisiert aber die fehlende nationale Debatte über die Strategie sowie die fehlende soziale Komponente. Die nationalen Reformpapieren fehle es noch an quantitativen Zielsetzungen; nur 11 von 25 Mitgliedsstaaten hätten bisher einen nationalen Repräsentanten für die europäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik benannt. Die

Inkonsistenz der Kommissionsstrategie liege auch in den für 2007-2013 vorgesehenen Haushaltskürzungen in Kernpunkten der Lissabonstrategie:

Forschung und Entwicklung: Kürzung um 20 Milliarden, Innovation: 1 Milliarde, Aus- und Weiterbildung: 50%-ige Kürzung.

## **b) Gemeinschaftsstrategie**

Das von der Kommission im Juli 2005 vorgelegte komplementäre Gegenstück zu den nationalen Programmen, das „Lissabon-Programm der Gemeinschaft“, ist anlog zu den Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung strukturiert. Seit Annahme des Programms hat die Kommission laut eigener Angabe zwei Drittel der darin vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt. Zentrales Thema für die Kommission ist dabei die Unterstützung von Wissen und Innovation in Europa.

Der Europäische Rat begrüßt in seinen Schlussfolgerungen die Fortschritte, die beim Lissabon-Programm der Gemeinschaft erzielt wurden und sieht sich in seinen auf dem Gipfel in Hampton Court geäußerten Willen bestätigt, den Herausforderungen der Globalisierung entgegenzutreten und dazu Forschung und Entwicklung stärker in den Vordergrund zu rücken.

Bei den bisher ergriffenen Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene ist besonders der Vorschlag der Kommission zur Errichtung eines Europäischen Technologieinstituts (ETI) hervorzuheben. Mehrere Mitgliedstaaten, darunter auch die Bundesrepublik hatten dafür plädiert, keine neue Institution zu errichten, sondern statt dessen den verstärkten Wissenstransfer zwischen Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen im Rahmen eines Forschungsverbundes zu erreichen. Die Einrichtungen eines solchen, „auf einem für alle Mitgliedstaaten offenen erstklassigen Netz beruhenden“ ETI erkennt der ER nun als wichtigen Schritt an und ersucht die Kommission, bis Mitte Juni 2006 einen Vorschlag zu den weiteren Schritten vorzulegen.

Wichtige weitere Maßnahmen im Rahmen des Lissabon-Programms der Gemeinschaft sind das Siebte Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (FTE), wie auch das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Diese beiden umfangreichen Investitionsprogramme für 2007-2013 dienen dazu, ein neues Modell der Forschungsförderung (in Form öffentlich-privater Partnerschaften) in den verschiedensten Bereichen (z.B. Wasserstoff- und Brennstoffzellen und Nanoelektronik) zu entwickeln und zielen darauf ab, Ökoinnovation und die Übernahme von Umwelttechnologie zu stimulieren. Der ER fordert in seinen Schlussfolgerungen eine zügige Annahme beider Programme. Wie aber auch die Schlussfolgerungen selbst festhalten, ist eine stärkere Abstimmung zwischen den gemeinschaftlichen und nationalen Maßnahmen nötig, um öffentlich-private Partnerschaften in diesem Bereich zu fördern.

Beide Programme sind auch im Rahmen des Ansatzes der Kommission zur Mittelstandspolitik zu sehen, die der ER in seinen Schlussfolgerungen als vorrangige Maßnahmen einstuft. Es seien schon erhebliche Fortschritte erreicht. Durch die stärkere Ausrichtung auf Vorschläge der Wettbewerbsfähigkeit wie auch das fortlaufende Vereinfachungsprogramm könne die Kommission wesentlich dazu beigetragen, für KMU ein noch günstigeres Wirtschaftsumfeld zu schaffen. Das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation umfasst eine Reform der Beihilfepolitik, um jungen und innovative Unternehmen nicht nur direkte finanzielle Unterstützung, sondern auch leichteren Zugang zu Risikokapital zu ermöglichen. Hinzu kommen soll der Abbau von Bürokratie im Rahmen der „Better Regulation“-Initiative und eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren (z.B. durch die „De-Minimis“-Regel). In allen Bereichen strebt die Kommission an, das Think Small First –Prinzip zur Geltung kommen zu lassen.

Speziell hervorgehoben wird in den Schlussfolgerungen auch der Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Der wohl vielversprechendste Wirtschaftssektor der EU hat einen Anteil von 40% am Produktivitätswachstum und 25% am BIP-Wachstum in Europa. Vor diesem Hintergrund ist die Kommission in diesem Bereich im Jahr 2005 mit der Initiative „i2010: Europäische Informationsgesellschaft 2010“ aktiv geworden, die einen offenen und wettbewerbsfähigen EU-Binnenmarkt für die Dienste der Informationsgesellschaft und der Medien schaffen, EU-Investitionen in diesem Bereich erhöhen und die Entwicklung einer Informationsgesellschaft fördern soll.

Insgesamt wurden auf Gemeinschaftsebene im Rahmen des Lissabon-Programms wichtige Initiativen angestoßen und gute Fortschritte erzielt. Diese Maßnahmen – sowieso nur als flankierende Schritte zu den NRP möglich – können jedoch erst Wirkung zeigen, wenn sie von Rat und Parlament angenommen und von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Zusätzlich hängen viele der Finanzierungsmaßnahmen von der endgültigen Annahme und Umsetzung der finanziellen Vorausschau 2007-2013 ab. Ohne den echten Willen der Mitgliedstaaten ihre NRP umzusetzen oder die Qualität ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu verbessern dürften diese guten Initiativen auf Gemeinschaftsebene wenig effektiv sein.

#### **IV. Aufrechterhaltung der Dynamik in allen Bereichen**

Ein dritter Teil der Schlussfolgerungen unterstreicht nochmals die Notwendigkeit der Fortführung der begonnenen Reformen. Er nennt vier Bereiche: Gewährleistung gesunder und langfristig tragfähiger öffentlicher Finanzen; Vollendung des Binnenmarktes und Förderung von Investitionen, Förderung des sozialen Zusammenhalts und umweltverträgliches Wachstum. Auch hier werden einige Neuerungen vorgeschlagen.

##### **1. Dienstleistungsrichtlinie**

Entscheidend für die Vollendung des Binnenmarktes ist die Annahme der Dienstleistungsrichtlinie. Die Auseinandersetzung über die Bolkestein-Richtlinie hatte sicher mit zum negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden beigetragen. Die geplante Öffnung der Dienstleistungsmärkte wurde erneut kontrovers diskutiert. Offen bleibt, ob die Staats- und Regierungschefs den Beschluss des Europäischen Parlaments als Grundlage für die weiteren Beratungen anerkennen. Er sieht vor, dass grenzüberschreitende Dienstleistungen nach den Bedingungen des Ziellandes angeboten werden müssen. Damit soll ein Unterlaufen von Sozial- und Umweltstandards verhindert werden. Vor allem die neuen EU-Staaten lehnen dies ab. Sie fordern weitgehende Schritte bei der Marktöffnung. Die Mehrheit der EU-Staaten, darunter auch Deutschland, halten den Parlamentsbeschluss indes für einen gangbaren Weg.

##### **2. Neue Rolle der EIB**

Bei der Vollendung und Vertiefung des Binnenmarktes sind weitere komplementäre Bemühungen notwendig, um Fortschritte beim Ausbau, Verbesserung, Vernetzung und Interoperabilität der europäischen Infrastrukturen zu erzielen. Bei der finanziellen Planung solcher Vorhaben wird die Europäische Investitionsbank immer stärker involviert werden. Zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung werden langfristig EU Haushaltsmittel mit EIB Mitteln kombiniert werden. Ziel ist es EU Haushaltsmittel stärker am Zusatznutzen und Risiko zu orientieren und damit Privatkapital zu erschließen. Über die EIB sollen im Bereich

der Mittelstandsförderung und der Forschung und Entwicklung Zusatzinvestitionen im Umfang von 15 Milliarden Euro getätigt werden. 25 Milliarden sind für die Bereiche Transeuropäische Netze und Energieeffizienz vorgesehen.

### **3. Ausgewogene Folgenabschätzung und Proaktive Wettbewerbspolitik**

Einen weiteren Beitrag zur wirtschaftlichen Dynamik soll durch eine besondere Berücksichtigung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewährleistet werden. Nur eine solide und ausgewogene Folgenabschätzung mit Ermittlung der Bürokratie und Verwaltungskosten bei der Setzung von Gemeinschaftsrecht fördert unternehmerische Dynamik. Zur Entfaltung dieser Dynamik setzt sich der Rat auch verstärkt für eine proaktive Wettbewerbspolitik ein, die einen klar definierten Regelungsrahmen schafft und den Marktzugang erleichtert.

### **4. Zuwanderung und Freizügigkeit**

Der Rat unterstützt das Haager Programm, in dem legale Zuwanderung eine entscheidende Rolle beim Ausbau der wissensbestimmten Wirtschaft in Europa und bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung spielen soll. Die Mitteilung der Kommission zur Funktionsweise der Übergangsregelung über die Freizügigkeit wird begrüßt, die damit verbundene Bewertung zur Kenntnis genommen.

### **5. Sozialer Zusammenhalt und Nachhaltigkeit**

Der ER geht in seinen Schlussfolgerungen auch auf den sozialen Zusammenhalt und ein nachhaltiges Wachstum ein.

Der österreichische Bundeskanzler und derzeitige EU-Ratpräsident Wolfgang Schüssel hatte im Vorfeld darauf gedrungen, einen sog. Dreigliedrigen Sozialgipfel (Europäische Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter, der Vorsitz des Europäischen Rates und der Kommissionspräsident) zu veranstalten. Die Fortsetzung dieser Tagung unter finnischem Vorsitz begrüßt der ER in seinen Schlussfolgerungen.

Die Maßnahmen, die beim sozialen Zusammenhalt und bei der Nachhaltigkeit gefordert werden klingen wie gut gemeinte Absichtserklärungen. Inwiefern sie jedoch im Endeffekt die Maßnahmen im Rahmen der Lissabon-Agenda nicht sogar teils konterkarieren bleibt dahingestellt.

## **V. Bewertung**

1. Vor dem Hintergrund von Streiks und Widerständen gegen strukturelle Reformen in einigen Mitgliedsländern, sowie zunehmende Tendenzen eines neuen Wirtschaftspatriotismus ist es bemerkenswert, dass die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel die Grundrichtung der Reformpolitik des Lissabonprozesses fortgeschrieben haben. Wenn dieser Gipfel weniger dramatisch als die beiden letzten und ohne spektakuläre Auseinandersetzungen verlief, so sollte man sich jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Debatte um die Zukunft des Europäischen Sozialmodells damit nicht beendet ist und erhebliche Differenzen nur aufgrund intensiver Verhandlungen und Formulierungskünste in den Räten bzw. im Ausschuss der Ständigen Vertreter nicht durchgeschlagen sind. Es dauerte lange bis sich die Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Formulierung zur Dienstleistungsrichtlinie

verständigen konnten. Gleiches gilt z.B. für die Auseinandersetzung um das Europäische Technologieinstitut oder auch das Konzept zur Energiepolitik. Die unterschiedlichen ordnungspolitischen Welten wie integrationspolitischen Vorstellungen prallen nach wie vor aufeinander. Die Schlussfolgerungen gleichen deshalb auch, wie es Parlamentspräsident Borrell formulierte, eher einem Geschäftsplan als einem europäischen Gesellschaftsprojekt.

2. Wer die Schlussfolgerungen sorgfältig analysiert, kann leicht zu dem Ergebnis kommen, dass „Lissabon“ noch nicht greift. Die Fortschritte des Gemeinschaftsprogramms werden zwar begrüßt. Auch hätten „die Mitgliedstaaten anhand der Integrierten Leitlinien schnell ihre nationalen Reformprogramme aufgestellt“. Jetzt müsse aber die Dynamik beibehalten werden „in dem für ihre wirksame, rechtzeitige und umfassende Umsetzung gesorgt wird“ und „die Maßnahmen erforderlichenfalls intensiviert“ werden. Die nationalen Reformprogramme, so konstatierte der ER, orientierten sich allerdings „an den eignen Bedürfnissen der Mitgliedstaaten“. Das Hauptproblem bleibt nach wie vor bestehen, das Zusammenspiel von nationaler und europäischer Ebene. Gleichwohl halten die Staats- und Regierungschefs an dem im Vorjahr vereinbarten Verfahren fest, in der Annahme, dass es noch zu früh ist Schlussfolgerungen zu ziehen und in der Hoffnung, dass sich die Wirksamkeit des Politikgestaltungszyklus in der zweiten Phase ab 2008 voll entfaltet.
3. Was die Hauptakteure und ihr Positionierung betrifft so kann man folgende Momentaufnahme zeichnen. Die österreichische Ratspräsidentschaft hat versucht das Beste aus diesem Gipfel zu machen. Sie setzte eigene Akzente insbesondere durch den vorgeschalteten Dialog mit den Sozialpartnern und der Hervorhebung der Rolle des Mittelstandes für den wirtschaftlichen Aufschwung Europas. Bundeskanzler Schüssel legte, trotz einigem Widerstand, großen Wert darauf, dass beim Abbau der Arbeitslosigkeit oder beim Einsparen von Energie Ziel- bzw. Zeitvorgaben mit Zahlen und Daten versehen wurden. Auch machte er sich das Thema Energie voll zu eigen. Gerade diese beiden letzteren Punkte können auch als Ausdruck eines guten Zusammenspiels von Rats-Präsidentschaft und Kommissionspräsident gesehen werden. Bei der Bewertung der Gemeinschaftsstrategie kommt die Kommission gut weg. Der Eindruck verdichtet sich, dass sie etwas bewegt. Unabhängig von der endgültigen konkreten politischen Ausgestaltung der Energiepolitik für Europa kann Barroso die Übernahme wesentlicher Punkte aus dem Grünbuch der Kommission als Pluspunkt für seine Politik verbuchen. Auch die grundsätzliche Zustimmung zum Projekt eines Europäischen Technologieinstitutes oder dem Globalisierungsanpassungsfond sieht er auf seiner Habenseite. Generell hat die Kommission die Chance, über ihre Rolle als Motor der Integration und Hüter der Verträge, sich als Wächter eines zukunftsweisenden ordnungspolitischen Konzeptes zu profilieren und beginnt sie auch zu nutzen. Wie schwierig das sein kann erfährt sie allerdings in der Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie. Hier hat das Europäische Parlament die Vorgaben gemacht. Nimmt man die Empfehlungen der Parlamentarier in Vorfeld des Gipfels kann man den Eindruck gewinnen, dass die Haltung des Parlaments im Lissabon-Prozess kohärenter ist als die des Rates. In diese Perspektive ordnen sich auch die Forderungen des EP zum Finanzrahmen 2007-2013 und zur interinstitutionellen Vereinbarung ein. Die finanzielle Ausstattung der EU, wie sie der Europäische Rat vorschlägt ist mit den politischen Zielen die er vorgibt nicht leicht zu vereinbaren. Hier hat Wolfgang Schüssel auf dem Vorgipfel in Meise erstmals konkrete Signale für einen Kompromiss vorformuliert. Wie weit es ihm gelingt seine



Kollegen auf eine Linie zu bringen ist eine andere Frage. Die mit der Vergrößerung der EU zwangsläufig einhergehenden negativen Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung machen sich derzeit im Rat am stärksten bemerkbar. Nicht wenige der anwesenden Regierungschefs sind innenpolitisch angeschlagen oder haben schwere Wahlen vor sich. Die deutsche Bundeskanzlerin hat mit ihrer Einführung in die Energiepolitik wieder einmal den Ton angegeben, wie die Financial Times schreibt. Aber das Führungsteam der EU ist noch nicht komplett.

4. Die Krise der EU ist noch nicht vorbei. Zwar haben mittlerweile 14 Staaten den Verfassungsvertrag ratifiziert. Doch es gibt 12 Wochen vor dem Ende der Denkpause bislang noch keine verlässliche Wegmarken wie es beim Ratifizierungsprozess weitergehen soll. Die Außenminister einigten sich am Rande des Gipfels darauf eine gemeinsame Choreographie für die nächsten Schritte zu entwerfen und wollen sich noch einmal in einer Sondersitzung treffen. Eine Verlängerung der Reflexionsphase aber scheint mehr als wahrscheinlich. In der Erweiterungsfrage hat der österreichische Ratspräsident die Devise ausgegeben, dass jetzt die „Phase der Sacharbeit“ angesagt sei und große Entscheidungen nicht anstünden. Das ist richtig, trifft aber nur unzureichend die Stimmung in der Bevölkerung und die Sorgen des Parlamentes, wie sie im Brok-Bericht zum Ausdruck gekommen sind. Vor diesem Hintergrund setzt man in Brüssel immer stärker auf die Hoffnung, durch Demonstration wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit das Vertrauen der Bürger in die EU zurück zu gewinnen. Es bleiben berechnete Zweifel, ob dieser Gipfel das Klima so nachhaltig bessert, dass diese Erwartung sich erfüllt.